

Medizinstudenten wünschen sich mehr Zeit für Lehre

Viele Medizinstudenten im Praktischen Jahr sind laut einer Umfrage von Hartmannbund und bvmd unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Als „Weckruf an die Politik“ sehen die Verbände das Ergebnis.

Von Anne Zegelman



BERLIN. Ungerechte Fehltag-Regelung, variierende Aufwandsentschädigung und fehlende formale Aspekte in der Lehre: Laut Ansicht der Medizinstudierenden im Hartmannbund und der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bvmd) gibt es dringenden Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung des Praktischen Jahres (PJ). Der im Koalitionsvertrag verankerte und aktuell im Entstehen begriffene „Masterplan Medizinstudium 2020“, für den bis Mitte 2016 Vorschläge von Bundes- und Ländervertretern erarbeitet werden sollen, geht nicht weit genug, fürchten die jungen Mediziner.

In einem gemeinsam aufgesetzten „Weckruf an die Politik“ forderten die beiden Verbände am Montag gemeinsam, bei der Überarbeitung die Gesamtsituation zu betrachten. „In der aktuellen Debatte sehen die Studierenden die große Gefahr einer unsachgemäßen zu starken Fokussierung auf Einzelaspekte des PJ, während die längst überfälligen Verbesserungen der Arbeits- und Lernbedingungen während des gesamten PJ nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten“, klagen bvmd und Hartmannbund.

7000 Studierende befragt

Um die Forderung auf breite Beine zu stellen, haben bvmd und Hartmannbund das Projekt „Praktisches Jahr“ ins Leben gerufen und eine Umfrage unter 7000 Studierenden aus allen Fakultäten Deutschlands sowie bereits approbierten Ärztinnen und Ärzten durchgeführt. Abgefragt wurden vor allem Arbeits- und Lernbedingungen sowie der Status Quo.

Dabei wurde auch die Unzufriedenheit mit der aktuell gültigen Fehltageregelung in der Approbationsordnung deutlich. Diese gestattet 30 Fehltage im gesamten PJ und differenziert dabei nicht zwischen Urlaub und krankheitsbedingten Fehltagen.

Für die Verbände ein Unding: „Auch Studierende haben das Recht der angemessenen Erholung vom anstrengenden Arbeitsalltag und, unabhängig davon, das allgemeine Recht, im Krankheitsfall zu gesunden“, legen sie dar. Die geltende Regelung zwingt die Studierenden, statt auf eine Genesung in Ruhe krank zur Arbeit zu erscheinen und damit Patienten zu gefährden. bvmd und Hartmannbund fordern, Krankheitstage dürften nicht auf das Fehltag-Kontingent angerechnet werden.

Auch die Aufwandsentschädigung im PJ ist Grund für Unmut. Für die 48 Wochen auf Station ist die Zahlung einer Aufwandsentschädigung bis zum BAföG-Höchstsatz von derzeit 597 Euro monatlich vorgesehen – einen einheitlichen Mindestsatz gibt es nicht. Ein Drittel der Umfrage-Teilnehmer habe angegeben, entweder keine Aufwandsentschädigung oder eine Entschädigung unter 400 Euro monatlich zu erhalten.

Lehre unzureichend

Was die Lehre im PJ betrifft, gibt es keine bindende Regelung bezüglich der Lehre, bemängeln die Verbände. Insgesamt erhalten laut Umfrage 60 Prozent der Befragten zwei Stunden PJ-Unterricht oder weniger pro Woche. Dabei wünschen sich 91 Prozent der Studierenden mehr als zwei Stunden Unterrichtszeit pro Woche, ein gutes Drittel favorisiert sogar bis zu acht Stunden.

Auch Studierende haben das Recht der angemessenen Erholung und das allgemeine Recht, im Krankheitsfall zu gesunden.

Aus dem Positionspapier von Hartmannbund und bvmd

Reformbedarf für das PJ

VON
HELMUT LASCHET



Über 80 Prozent der Medizinstudenten sind unzufrieden mit den Rahmenbedingungen und Inhalten des Praktischen Jahres (PJ). Und dies betrifft nicht nur Fragen des „Komforts“, also der finanziellen Absicherung und der sachfremden Vermengung von Urlaubsansprüchen und krankheitsbedingten Fehlzeiten zu einem „Anspruch“ auf insgesamt 30 Tage.

Wohl noch entscheidender ist die als schlecht bewertete Qualität dieses Ausbildungsabschnitts. Keine Frage: Im PJ soll die praktische Tätigkeit am Krankenbett dominieren. Aber offenkundig wird in der Praxis die Ausgestaltung wahrscheinlich

dem Zufall überlassen. Den „Lehrherren“ scheint nicht bewusst zu sein, welche Verantwortung sie für den Nachwuchs übernehmen und welche Konsequenzen es für die Qualität ihrer zukünftigen Mitarbeiter hat, wenn in deren Ausbildung Laissez faire üblich ist. Allem Anschein nach ist vielen Kliniken nicht bewusst, dass die Beschäftigung von PJlern auch ein Investment ist und nicht primär dazu dient, den ärztlichen Dienst zu entlasten.

Vor dem Hintergrund der Nachwuchssorgen – vor allem in der Allgemeinmedizin – sollten niedergelassene Ärzte deswegen ernsthaft überlegen, sich zur akademischen Lehrpraxis zu qualifizieren. Wettbewerb hilft.



Schreiben Sie dem Autor:
helmut.laschet@springer.com